

## **Kleine Anfrage 3887**

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

### **Einhaltung des Brandenburgischen Vergabegesetzes**

Durch § 5 (Nachweise) und § 12 (Abfrage) BbgVergG sind die Bedingungen geschaffen, dass nur geeignete Bieter bei einer beschränkten Ausschreibung die Anfrage der Kommune erhalten. Allerdings kann nicht jeder kommunale Entscheidungsträger die Eignung der abgefragten Bieter immer nachprüfen, sondern muss sich auch hier auf die sorgfältige und neutrale Arbeit der Verwaltung bei der Abfrage von mindestens 3 Bietern verlassen. Die Praxis zeigt jedoch, dass hier gelegentlich befremdliche Abfragemethoden erfolgen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es der Kommune unbenommen, zu den genannten Bestimmungen standardmäßig noch weitere Eignungsnachweise in Form einer Checkliste o.ä. abzufordern?
2. Gibt es hierfür Mindestkriterien? Was ist hierbei gängige Praxis?
3. Welche Auswirkungen hat es, wenn eine Abfrage bei offensichtlich ungeeigneten Bietern stattfindet, die sodann (erwartungsgemäß) ablehnend antworten oder ein fachlich ungeeignetes Angebot machen, sodass nur das Angebot eines (vorher favorisierten) geeigneten Bieters zu berücksichtigen bleibt und dieser sodann den Auftrag erhält? Welche Konkurrentenschutzklagen nicht-abgefragter Dritter drohen hierbei?
4. Sind der Landesregierung solche gemäß Pkt. 3 geschilderten Fälle bekannt und wenn ja, wie viele waren es seit 2015?